EP-WS-01-073

# Was uns schützt.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

| | |
|---|---|
| Antragsteller*in: | KV Reinickendorf |
| Beschlussdatum: | 17.10.2023 |

## Änderungsantrag zu EP-WS-01

**Von Zeile 73 bis 74 einfügen:**
Wir wollen Verantwortung übernehmen. Verantwortung dafür, den Klimawandel zu begrenzen, soweit das noch möglich ist. Verantwortung dafür, den Menschen zu helfen, die Herausforderungen auf diesem Weg zu meistern. Und die Verantwortung, ehrlich zu sagen, dass und wo es schon nach zwölf ist. Darum bitten wir um Ihr Vertrauen. Wir treten an für eine Politik, die nicht übertönt, sondern überzeugt. Für eine Politik mit klaren Zielen, die

## Begründung

Weltweit liegt die mittlere Erwärmung seit 1850 im Mittel bereits bei „nur" 1,2 Grad – die meisten Staaten der Erde können daher das Pariser Klimaziel durchaus noch einhalten. Doch ist das Versprechen der Klimakonferenz in Paris (2015), alles zu tun, die Erwärmung unter 1,5 Grad zu halten, nur noch unter höchsten Anstrengungen einlösbar, wenn nicht sogar befreits unmöglich.

Beispielsweise, stellt der Deutsche Wetterdienst fest, dass seit Beginn der verlässlichen Messungen (1881) die Temperatur im Mittel in Deutschland schon um 1,7 Grad gestiegen ist. Bereits zu Beginn der Amtszeit der jetzigen Bundesregierung war man sich sicher, dass die Temperatur in Deutschland um mindestens 1,6 Grad im Mittel gestiegen war.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für sinnvoll, die Wähler*innen darauf hinzuweisen, dass es in Deutschland bereits (seit längerem) nach zwölf ist und dass das politische Geplänkel um die Verträglichkeit der Maßnahmen die Unverträglichkeit der Konsequenzen nach sich zieht. Dies gilt insbesondere auch für die politische Glaubwürdigkeit der deutschen Umweltbestrebungen, die ein immer bedeutungsvollerer Faktor in der Glaubwürdigkeit und für den Erfolg deutscher Exportbestrebungen sind. Wenn Deutschland und Europa als ganzes hier nicht sehr schnell massiv verlieren soll, muss energisch gegengesteuert werden. Offensichtlich geht das allein aus innerdeutscher Kraft nicht. Deutschland muss sich dazu Hilfe bei der EU holen – und das ist dann ein sinnvolles Statement für ein Europawahlprogramm.

Dieser Antrag ist Teil eines Gesamtantrags des KV Reinickendorfs, der aufgrund der Beschaffenheit des Wissenswerks als Einzelanträge gestellt werden müssen.